



Sie kommen beide aus dem Aargau, vertreten meistens aber gegensätzliche Positionen: der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth (links) und der FDP-Ständerat Thierry Burkart.

ANNICK RAMP / NZZ

Herr Burkart, laut Bundespräsident Guy Parmelin ist Davos ohne Trump nicht wirklich Davos. Werden auch Sie sich für das fehlende Rückgrat der Regierung entschuldigen, so wie Herr Wermuth?

**Thierry Burkart:** Institutionell ist diese Aussage richtig, denn der US-Präsident verleiht dem WEF Gewicht. Inhaltlich ist das Gegenteil der Fall. Was wir in diesem Jahr erlebt haben, widerspricht dem Geist des WEF. Es war ein Jahrmarkt der Eitelkeiten. Es wurde deutlich, dass die Machtpolitik nun definitiv vor internationalen Regeln gilt und Protektionismus vor Freihandel. Beides ist für die Schweiz beunruhigend.

Herr Wermuth, wäre es nicht Trump, der sich entschuldigen müsste?

**Cédric Wermuth:** Die Hoffnung habe ich längst aufgegeben. Der Auftritt Trumps am WEF war noch einmal eine Dimension extremer als alles bisher Gesehene. Vor allem sein frontaler Angriff auf die Uno mit seinem «Friedensrat». Er will die Weltpolitik privatisieren. Trump versteht sich als neuer König, eine Art Messias. Noch schlimmer fand ich aber die servile Reaktion des Publikums und des Bundespräsidenten. Der Bundesrat wirft sich vor Trump in den Staub. Damit hat er versagt.

**Burkart:** Der Friedensrat ist ein reines Machtinstrument. Die Schweiz darf sich daran auf keinen Fall beteiligen. Er widerspricht dem, wofür wir stehen. Wir müssen aus dieser Entwicklung aber auch Konsequenzen ziehen und etwa unsere Handelsbeziehungen diversifizieren.

Wie hätten Sie Trump kurz nach dieser denkwürdigen Rede begrüsst?

**Wermuth:** Der Bundespräsident hätte die Beleidigungen an die Adresse der Schweiz wenigstens zurückweisen müssen. Trump versteht nur eine klare Haltung. Er widerspricht dem, wofür wir stehen. Wir müssen aus dieser Entwicklung aber auch Konsequenzen ziehen und etwa unsere Handelsbeziehungen diversifizieren.

## «Die Schweiz lässt sich treiben.» – «Völlig selbstverschuldet»

Es kommt selten vor, dass sich der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth und der FDP-Ständerat Thierry Burkart einig sind. Doch diesmal stimmen sie überein: Angesichts der geopolitischen Lage tue der Bundesrat zu wenig, sagen sie in dem von Selina Berner und Matthias Venetz moderierten Streitgespräch

Druck nachgibt. Auch die EU-Kommission wird sich daran erinnern.

Immerhin hat Bundesrat Cassis sich kritisch zu Trump geäußert.

**Wermuth:** Die Klarheit hat mich positiv überrascht, auch wenn sie zu spät kam. Wir müssen jetzt Allianzen bilden mit anderen Staaten, die an Zielen wie dem Klimaschutz und am Völkerrecht festhalten wollen. Ich bin mit Thierry Burkart einverstanden: Wir müssen unsere Beziehungen diversifizieren. Doch wir sollten nicht bloss Freihandelsabkommen abschliessen, sondern bei der Energiewende und in der Industriepolitik strategisch zusammenarbeiten.

**Burkart:** Gerade unsere Energiepolitik hat uns in den vergangenen Jahren abhängiger gemacht. In diesem Fall von China. Mit Industriepolitik können wir nicht gewinnen. Es ist die diversifizierte

Freihandelsstrategie, die uns auch in der Vergangenheit erfolgreich gemacht hat. Ich bin froh, wenn Cédric Wermuth offenbar gleicher Meinung ist und von seiner Blockadepolitik abkommt. In Bezug auf die Freihandelsverträge sind wir auch der EU voraus. Das Abkommen mit den Mercosur-Staaten ist dort beispielsweise immer noch blockiert. Zudem hatten wir vor der EU eine Einigung mit Indien.

Herr Wermuth, wollen Sie neue Freihandelsabkommen?

**Wermuth:** Nur, wenn diese den Menschen in der Schweiz und den Partnerstaaten zugutekommen. Was nicht geht, ist, dass grosse Konzerne ihre Gewinne weiter steigern können, während die Kaufkraft unter Druck gerät. Neue Abkommen müssen sozialverträglich und auch im Einklang mit den internationa-

len Klimazielen sein. Das ist beim Abkommen mit Malaysia beispielsweise höchst fragwürdig.

**Burkart:** Die Schweiz ist nur ein Vertragspartner, wir können nicht frei über alle Punkte entscheiden. Dennoch profitiert unsere Bevölkerung von solchen Verträgen. Cédric Wermuth spricht die Lebenshaltungskosten an, da frage ich mich: Warum bringt die SP mit verschiedenen Initiativen massive Forderungen vor, die höhere Steuern und weitere Belastungen für die Bürger bedeuten würden? Wir müssen unsere Hausaufgaben machen und die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft wieder verbessern. Jetzt braucht es auch von euch ein Entgegenkommen.

**Wermuth:** Das wünsche ich mir von euch auch, aber ihr blockiert die Finanzierung der 13. AHV-Rente.

**Burkart:** Wir haben nicht verhindert, dass der Volksentscheid per 2026 umgesetzt wurde. Ihr habt aber vor der Abstimmung gesagt, es brauche dafür keine neuen Abgaben, nun wollt ihr die Lohnabgaben erhöhen und damit die Kaufkraft der berufstätigen Bevölkerung schwächen.

**Wermuth:** Wir haben eine andere Finanzierung vorgeschlagen, doch die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat hat sich durchgesetzt. Man versucht die Finanzierung zu blockieren, um sie bei der nächsten Reform an die Erhöhung des Rentenalters zu koppeln. Zudem bekämpft der Freisinn auch Massnahmen gegen hohe Mieten und Krankenkassenprämien, er bekämpft die kantonalen Mindestlöhne. Wo ist hier eure Kommissbereitschaft?

Aber noch einmal: Braucht die Schweiz das Zollabkommen mit den USA oder nicht?

**Wermuth:** Entscheidend werden die Konzessionen an die USA sein. Wenn ein Abkommen unsere Souveränität sicherheits- und digitalpolitisch einschränkt oder wenn Trump die Medikamentenpreise auf die Schweiz abwälzen will, dann werden wir uns wehren.

Auch mit einem Referendum?

**Wermuth:** Wenn nötig, ja. Es muss uns zudem klar sein, dass in dem Moment,

in dem die Tinte trocken ist, Trump vielleicht wieder andere Ideen hat. Er hat klar gesagt, dass ihn internationale Verpflichtungen nicht interessieren. Ich bin dafür, zu verhandeln, aber wir sollten uns darauf einstellen, dass wir zu keiner oder nur zu einer ungenügenden Lösung kommen.

**Burkart:** Ich glaube ebenfalls, dass wir nicht alles mit uns machen lassen dürfen. Trotzdem: Falls nach den Verhandlungen eine vernünftige Einigung auf dem Tisch liegt, ist das im Interesse der Schweiz, denn hohe Zölle schaden dem Wohlstand der Bevölkerung.

Es scheint, Sie sind sich vor allem in einem Punkt einig: Der Bundesrat macht vieles falsch.

**Burkart:** Die Schweizer Delegation verhandelt gut, doch darüber hinaus erkenne ich zu wenig strategische Ansätze beim Bundesrat. Immerhin befinden wir uns am Übergang zu einer neuen Weltordnung. Doch die Schweiz lässt sich treiben. Abgesehen davon, dass wir die Kosten für die Wirtschaft und unsere Bevölkerung senken müssen, dürfen wir unsere Sicherheit nicht weiter vernachlässigen.

**Wermuth:** Der Bundesrat müsste in den Verhandlungen klare Positionen vertreten. Nicht nur bei den Rüstungskäufen, sondern auch bei der Regulierung der Techkonzerne. Stattdessen hat er massiv an Vertrauen in der Bevölkerung verloren. Völlig selbstverschuldet. Allerdings trägt nicht nur der Bundesrat Verantwortung.

Sondern?

**Wermuth:** Im Parlament ziehen wir uns aus der Entwicklungszusammenarbeit und der Finanzierung der Uno zurück. Die Bürgerlichen bauen hier seit Jahren ab. Alle Analysen zeigen: Der wichtigste Faktor für die Sicherheit der Schweiz ist globale Stabilität und Armutsbekämpfung. Wer sich hier zurückzieht, meint Sicherheitspolitik nicht ernst. Dabei wäre der Rückzug der USA aus diesen Institutionen eine Chance für die Schweiz und Europa, in die Bresche zu springen und gemeinsam für den Primat des Völkerrechts und eine starke Uno zu kämpfen. Doch diese Lücke werden nun

wohl Russland und China ausfüllen. Der Fatalismus von Thierry Burkart stört mich. Man muss die neue Realität anerkennen, aber die Schweiz könnte viel mehr tun.

**Burkart:** Die Schweiz nimmt ihre Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor wahr, aber wir müssen unsere Prioritäten einem veränderten Umfeld anpassen. 35 Jahre lang hat die Schweiz die Entwicklungshilfe zulasten der Armee aufgestockt. Jetzt herrscht in Europa ein Krieg, der das Potenzial zum Flächenbrand hat. Wir sollten darauf achten, dass wir mit unseren Massnahmen nicht uns selbst schaden. Mit einem Angriff auf KI-Firmen in der Schweiz würden wir genau das tun. Wir haben ein interessantes Cluster von Grossunternehmen, Hochschulen und Startups. Wenn wir in den Zukunftstechnologien eine Rolle spielen wollen, sollten wir diese Unternehmen nicht aus unserem Land vertreiben.

**Wermuth:** Das sage ich ja nicht. Die digitale Souveränität – die notabene jetzt auch von der Armee als wichtiger Wert entdeckt wurde – ist enorm wichtig. Hier sollten wir investieren. Denn heute sind wir abhängig von Anwendungen aus den USA. Aber was tut die FDP? Sie will jenen Institutionen, die sich mit dieser Forschung auseinandersetzen, Gelder kürzen. Damit schiesst man sich in das eigene Knie. Die Schweiz gerät so ins europäische Mittelfeld.

*Da der Bundesrat es aus Ihrer Sicht nicht tut: Welche Konsequenzen muss die Schweiz aus der heutigen Lage ziehen?*

**Wermuth:** Die erste Priorität liegt jetzt klar auf der Stabilisierung der Beziehungen zur EU. Hier müssen sich alle Beteiligten – auch die Arbeitgeber und die FDP – hinter die Lohnschutzmassnahmen des Bundesrates stellen, inklusive Kündigungsschutz. So wird das Lohnniveau in der Schweiz garantiert. Dann hat das Paket gute Chancen. Das Hauptproblem ist aber die SVP mit ihrer 10-Millionen-Initiative. Das ist der grösste Angriff auf den Wohlstand der Schweiz. Erst müssen wir den abwehren, alles andere kommt danach.

**Burkart:** Der Ausbau des Kündigungsschutzes allein wegen eines Mitgliedsausweises einer Gewerkschaft ist völlig unschweizerisch und untergräbt einen wichtigen Erfolgspfeiler der Schweiz: den liberalen Arbeitsmarkt. Im zweiten Punkt gebe ich Cédric Wermuth recht. Die bilateralen Verträge mit der EU garantieren uns Stabilität im Verhältnis zu unseren Nachbarn. Sie zu kündigen, brächte uns erhebliche Nachteile.

*Das klingt jetzt fast wie ein Plädoyer für die neuen EU-Verträge, Herr Burkart.*

**Burkart:** Nein. Ich bin dafür, dass wir den bilateralen Weg erhalten und nun die 10-Millionen-Initiative bekämpfen. Die neuen EU-Verträge sind hingegen keine Weiterführung des bisherigen Wegs, sondern eine weitergehende Integration. Da geht es nicht um Erhalt, sondern um neue Verträge, durch die wir einen Teil unserer Regulierungskompetenz nach Brüssel abgeben würden. Im Fall der sogenannten Integrationsmethode sind Beschlüsse der EU in der Schweiz direkt anwendbar. Meine Partei hat hier aber eine andere Position als ich. Das respektiere ich.

*Apropos Abhängigkeit und Souveränität: Ist Ihnen, Herr Burkart, noch wohl bei dem Gedanken, dass die Schweiz das amerikanische Kampfflugzeug F-35 kauft?*

**Burkart:** Der F-35 ist das meistverbreitete Kampfflugzeug in Europa. Und es ist eben nicht nur ein Flugzeug, sondern eine neue Plattform, ein Technologiesprung. Aber ich teile die Ansicht von Verteidigungsminister Martin Pfister, dass man neben dem F-35 eine zweite Flotte aus europäischer Produktion beschaffen sollte. Wir können unseren Luftraum derzeit nur marginal schützen und stehen bei ballistischen Bedrohungen schutzlos da. Anmerken muss ich allerdings schon: Die Schweiz hätte heute ein europäisches Kampfflugzeug, wenn Cédric Wermuth und seine Partei den Gripen 2014 nicht verhindert hätten.

**Wermuth:** Die Mehrheit der Bevölkerung wollte dieses Flugzeug nicht. Der Entscheid für den F-35 ist skandalös. Er stürzt uns in eine massive Abhängigkeit von den USA und wird Milliarden mehr kosten als versprochen. Das Schlimmste: Es war von Anfang an klar, dass der Ent-

«Das Hauptproblem ist die 10-Millionen-Initiative. Das ist der grösste Angriff auf den Wohlstand der Schweiz. Erst müssen wir den abwehren, alles andere kommt danach.»

Cédric Wermuth

«Wir haben keine Zeit mehr für ideologische Unbeweglichkeit. Ich biete deshalb Hand für eine Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der Sicherheit unserer Bevölkerung.»

Thierry Burkart

scheid von riesiger strategischer Tragweite ist. Es gab sogar eine Volksinitiative gegen den Kauf, doch der Bundesrat wollte diese aus Angst vor dem Ergebnis nicht abwarten. Nun reiht sich ein Skandal an den nächsten.

**Burkart:** Die Abhängigkeit von Amerika ist ein Versagen der gesamten europäischen Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Die Staaten haben nicht in neue Technologie- und Rüstungsvorhaben investiert und die Sicherheit an die USA delegiert. Deshalb haben die Amerikaner heute teilweise als Einzige Produkte, die auf dem neusten Stand der Technik sind. Mir gefällt das auch nicht, aber in dieser Realität leben wir heute.

**Wermuth:** Dass das VBS den F-35-Kauf nicht stoppt, ist unverantwortlich. Wir wissen heute, dass das Verfahren beim F-35 nicht sauber war und wir mit massiven Mehrkosten rechnen müssen. Die Schweiz braucht kein Tarnkappen-Kampfflugzeug für den täglichen Luftpolizeidienst. Deswegen könnte man die jetzige F/A-18-Flotte länger betreiben, einen leichten Jet für die Luftpolizei kaufen und eine neue, saubere Evaluation durchführen mit europäischen Alternativen. Stattdessen hat der Bundesrat bis heute keine Klarheit darüber geschaffen, was für eine Sicherheitspolitik er eigentlich will.

**Burkart:** Der F/A-18 kann mit weniger Flugstunden vielleicht ein, zwei Jahre länger betrieben werden. In der Zeit können wir aber unmöglich ein neues System evaluieren und beschaffen. Es ginge Know-how verloren, und wir stünden lange ohne Schutz des Luftraumes da. Fakt ist: Die SP will gemäss Parteiprogramm die Armee abschaffen. Und das in der heutigen Zeit! Aber einverstanden: Die strategische Führungsaufgabe liegt beim Bundesrat. Ich verlange aber auch, dass es endlich einen Konsens gibt, um die nötigen Schritte einzuleiten.

*Am Mittwoch hat der Bundesrat Führungsstärke gezeigt. Er will die Mehrwertsteuer für die Armee um 0,8 Prozentpunkte erhöhen. Ist das gut so?*

**Burkart:** Ich vertrete, wie meine Partei, die Haltung, dass mittels Neupriorisierung im Budget die Armee endlich die nötigen finanziellen Mittel erhält. Darin

zeigt sich aber ein Problem: Die Mehrheit ist nicht willens – trotz veränderter geopolitischer Situation –, im Budget an anderen Orten einzusparen. Ich bedaure das sehr, aber leider haben wir definitiv keine Zeit mehr für ideologische Unbeweglichkeit. Ich biete deshalb entgegen meinen Überzeugungen Hand für eine Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der Sicherheit für unsere Bevölkerung.

**Wermuth:** Die Mehrwertsteuer kann Sinn ergeben, wenn der Gegenwert stimmt. Bei den Renten erhält die Bevölkerung diesen. Bei den Armeefinanzien ist es einfach der scheinbar billigste Weg. Es ist überhaupt nicht klar, was genau der Bundesrat mit dem zusätzlichen Geld bei der Armee machen will. Das ist verantwortungslos. Zudem wären Zusatzsteuern gar nicht nötig: Gemäss Aussagen der Steuerverwaltung – nun wirklich keine linke Organisation – haben wir jedes Jahr Einnahmeverluste in der Höhe von 20 Milliarden infolge von Steuersubventionen. Und wenn wir den Finanzplatz und grosse Konzerne gerechter besteuern würden, hätten wir den nötigen finanziellen Spielraum, um die Kaufkraft der Leute zu stärken.

*Wie viel Geld braucht es für eine glaubwürdige Verteidigung?*

**Burkart:** Bis 2032 ein Prozent des BIP zu investieren, reicht nicht – das sagt nun ja auch der Bundesrat. Wir sind so nah an einem weiteren Krieg in Europa wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Schweiz ist mit ihren kritischen Infrastrukturen im Bereich der Stromnetze, im Verkehr und Finanzwesen ein strategisches Ziel von europäischer oder sogar weltweiter Bedeutung. Es braucht jetzt einen sicherheitspolitischen Schulterschluss zwischen der SP und den bürgerlichen Parteien – wie es ihm im letzten Jahrhundert einmal gegeben hat.

**Wermuth:** Ich bin offen dafür. Aber nicht mit dem jetzigen Vorgehen: Der Bundesrat will die fehlende Strategie mit Milliarden für die Armee zudecken. Das geht auf Kosten der Bildung, des Klimaschutzes, der AHV oder der Gleichstellung. Ich will nicht, dass wir die Lebensbedingungen und den Standort Schweiz immer mehr schwächen.

**Burkart:** Heute könnten wir lediglich ein Viertel bis zu einem Drittel aller Truppen vollständig ausrüsten. Warum sind Sie gegen Bürgerinnen und Bürger in Uniform so verachtend?

**Wermuth:** Ich benenne bloss das Versagen der Armeeführung. Der einzigen Armeeführung auf der Welt, die es nach vier Jahren Krieg in der Ukraine geschafft hat, dass die Landesverteidigung weniger glaubwürdig ist als zuvor. Wir haben das Militärbudget jedes Jahr um Hunderte Millionen aufgestockt. Offenbar ist die Führung aber nicht in der Lage, Prioritäten zu setzen. Das bedaure ich, aber die Lösung ist nicht noch mehr Geld. Denn der Vertrauensverlust gegenüber dem gesamten Verteidigungsdepartement ist enorm. Wer weiss, wo das Milliardenloch der F-35-Beschaffung enden wird.

**Burkart:** Es gab Fehler, und die müssen korrigiert werden, keine Frage. Aber wo ist denn dein grosser Aufschrei, wenn man bei der Planung des Bahnverkehrs von 14 Milliarden ausgeht und plötzlich sind es 30 Milliarden? Ist das kein Planungsfehler? Offenbar wird je nach politischem Thema mit unterschiedlichen Ellen gemessen.

**Wermuth:** In jedem anderen Departement ausser dem VBS hätten wir eine parlamentarische Untersuchungskommission bei solchen Vorfällen.

**Burkart:** Wenn wir nichts tun, die anderen europäischen Länder aber massiv in die Verteidigung investieren, passiert Folgendes: Diese Länder werden irgendwann auf uns zukommen und sagen: «Ihr seid eines der reichsten Länder der Welt, investiert aber nur 0,7 Prozent des BIP in die Verteidigung. Aus sicherheitspolitischen Überlegungen müssen wir euch auch schützen – aber das kostet.» Anstatt darauf zu warten, sage ich: Investieren wir lieber jetzt in unsere eigene Sicherheit – für unsere eigene Sicherheit und als Beitrag zur europäischen.

**Wermuth:** Aufrüstung ist nur eine Möglichkeit, diese Sicherheit zu erhöhen. Die SP hat ein Sicherheitsabkommen mit der EU vorgeschlagen. Ein Vorstoss, der von beiden Räten angenommen wurde.

**Burkart:** Ich weiss, ich habe diesen Vorstoss im Ständerat aktiv unterstützt.